

Volksstimme

Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mittelddeutschland

Er scheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühren des Blattes betragen in Ost- und West-Deutschland 12.00 Mark, nach der Post bei jeder Zustellung monatlich 12.00, in den Postgebieten abgeholt 11.00 monatlich. Die abgesetzten Abnehmer erhalten monatlich 10.00, in den Postgebieten abgeholt 9.00, in den auswärtigen Bezirken 10.00, Reflektoren die Militär-Zeitungs-Zeit 25.00 im Einzelverkauf und 40.00 im ausserordentlichen Vertrieb. Preis für den Abnehmer: 10.00 Mark.

Verlags-Gebäude: Halle a. S., Deutscher Platz 17. Fernsprecher: 1000. Geschäfts-Nummern 1140 und 1141. Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Deutscher Platz 17. Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Deutscher Platz 17. Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Deutscher Platz 17.

Katastrophaler Marktsturz.

Der Dollar 3150! / Zurücknahme des türkischen Vorkaufs / Kesselstreben gegen Lloyd George / Illensens Vernehmung im Rathenau-Prozess.

Das Spiel am Bosphorus.

Die Remarkanten scheinen dem alten Grundgedanken zu haften, daß sie ein siegreiches Heer durch die Fieber nicht verderben lassen darf, was das Schmei zu gemacht. Während England und Frankreich auf der Pariser Konferenz berieten, wie die harte orientalische Lage zu fruchten sei, sind die Türken wiederum in die neutrale Zone des Zensur eingedrungen und haben sogar einen Vorstoß zum Bosphorus unternommen. Beiden der wachsenden Unruhe, mit der sie die Entwicklung der Dinge in Madonia verfolgen. Gleichzeitig aber wollen sie zweifelslos auch durch militärische Aktionen ihren politischen Standpunkt unterstreichen und einen Druck auf die Verhandlungen oder wenigstens auf ihre Beschleunigung ausüben. Anders ist diese Doppelaktion kaum erklärlich. Auf die beiden abgeklärten Pariser Konferenzen, auf der eine im allgemeinen beide Verhandlungssteile besitzende Lösung zustande kam, wenn auch England gewisse Vorbehalte gemacht hat, haben diese türkischen Vorstöße wie ein Schlag in einen Ameisenhaufen gewirkt. England hat offenbar schließlich den General Harrington daraufhin neue Instruktionen erteilt, die nun naturgemäß nicht mehr mit denen der französischen und italienischen Generale übereinstimmen, und General Harrington hat alsbald den Schiffsbefehl im Bosphorus erteilt. In der Tat hat England allen Grund zum Weisheit am Bosphorus festhalten, so kann England zum zweiten Male in die entscheidende Lage von Istanbul getreten. Einen neuen Weltkrieg mit dem Orient verträge aber Großbritannien ebenfalls wenig im Sinn. Premierminister Lloyd George, gegen den in eigenen Reihen infolge seines Vorkaufs im der Orientpolitik Sturm aufgelesen wird. Man legt ihm geradezu nahe, selbst zu gehen, ehe er von den Newshirts verurteilt werde. Um so mehr Anerkennung wird Lord Curzon spendet, der den verworrenen Orient-Konflikt mit Bismarck oder vielmehr gegen Bismarck einigermassen zu lösen verstanden hat. In der Tat zeigt sich immer mehr, daß Lloyd George in dieser Angelegenheit nicht nur auf falsche Fährten geht, sondern auch weiterhin eine recht unglückliche Hand geführt hat.

Die neuen Verhandlungen in Madonia.

Am 10. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Konferenz in Madonia wurde gestern abend wieder aufgenommen. Von den Verhandlungen, deren Zweck war, den Türken die alliierte Antwort und ihre Forderungen der letzten Woche zu übergeben, ist bisher keine autoritative Nachricht eingegangen. Die Antwort geht dahin, daß die Alliierten die griechische Armee ausführen werden. Kritiken so bald als möglich zu räumen. Es ist nach dem Wortlaut des alliierten Antwortschreibens, daß der griechische Vorkauf aus Dithrasien nicht allein von der Anerkennung der neutralen Zonen, sondern auch von ihrer Beachtung abhängt. Augenblicklich sind türkische Truppen, abgesehen von denen der Araber, in der britischen Zone eingedrungen. Die alliierten Generale haben James Balfour gegenüber gegen solche Vermutungen während der Madonianer Konferenz protestiert. Sie sind überdies im Widerspruch mit dem am 8. Oktober von Mustafa Kemal gegebenen schriftlichen Bestätigungen. Wenn auch inoffiziell gemeldet wird, daß James Balfour verstanden habe, seine Truppen zurückzuziehen, so ist bisher noch keine Nachricht über ihren Rückzug eingegangen. Die von den Alliierten bestimmte Zone werde erst geräumt werden müssen, ehe die Alliierten einnehmen können, die auf Truppen bezügliche Teile des Abkommens in Bizanzien zu sehen. Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist am 9. Oktober eine Einladung ergangen, sich persönlich nach Madonia zu begeben, um die Verhandlungen zu fördern, damit das Protokoll von Madonia unterzeichnet werden könne.

Paris, 9. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Wie der Temps schreibt, sind die Gerüchte, wonach unter den alliierten Generalen in Madonia eine gewisse Meinungsverschiedenheit besteht, unrichtig. Die französische und die italienische Regierungen hatten ihren Delegierten in Madonia gleichzeitige Informationen übermittelt. Es besteht Hoffnung, daß in kurzer Zeit ein entscheidender Abschluß zustande kommen werde.

London, 10. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Nach Meldungen aus Konstantinopel sind insgesamt 18 000 Mann türkische Truppen in die neutrale Zone des Zensur eingedrungen. Die nationalgriechischen Kreise in Konstantinopel erklären, diese Truppen seien konzentriert worden, um nach Traxien überzuführen zu werden, falls die griechische Regierung die Räumung verweigern sollte. Die in die neutrale Zone eingedrungenen Truppen sind ähnlich wie die früheren mit umgebenen Gewehren vorzurückgefahren und hatten die weiße Flagge achzig. James Balfour teilte dem General Harrington mit, daß er den in die neutrale Zone eingedrungenen Truppen Befehl gegeben habe, sich zurückzuziehen.

Kabinettsitzung in London.

Kontraktive Opposition gegen Lloyd George. London, 10. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) In der Kabinettsitzung heute des Kabinetts des Reichskanzlers Curzon, die er von Paris aus unterbreitete, zunächst belagerten Widerstand entgegen. Es ist als Curzon in einem Zustand von großer Demütigung

brachte, wurde das Uebereinkommen angenommen. Der Widerstand des Kabinetts wurde deshalb erregt, weil die Härte der türkischen Armee für Traxien nicht festgelegt worden ist. Man nimmt in unrichtigen Kreisen an, daß von jeiten Englands eine Ergänzung dieses Punktes gefordert werden kann. Die Konventionen in Madonia, die eine eigene Partei bilden, haben zum 20. Dezember eine Konvention einberufen, auf der ihre Beziehungen zu den englischen konventionellen Parteien revidiert werden sollen. Als Vertreter der im englischen Kabinet beteiligten Konventionen wird Lord Birkenhead an der Konferenz teilnehmen. Die Konferenz, der man in politischen Kreisen große Bedeutung für das Schicksal Lloyd Georges beizumessen, steht im Zusammenhang mit der immer härter anschauenden Opposition der konventionellen Kreise gegen die Politik des Kabinetts Lloyd Georges. Die Stimmen innerhalb der konventionellen Partei, die eine Regierungsaufhebung und Neuwahlen für den November fordern, mehren sich.

Der Dollar 3150!

Deutlicher, fürchtbarer als in dieser nackten Ziffer, kann sich das Geld unserer heutigen Verhältnis gar nicht ausdrücken. Der Dollar über 3000! Das bedeutet, daß Deutschland mit seiner Kontrakt nunmehr dem Ende entgegensteuert. Es geht mit Riesenschritten bergab.

Am 24. Juni, als Außenminister Rathenau von irreführenden verbrecherischen Falschen ermahnt wurde, stand der Dollar noch 344. Am 1. August notierte er 643, am 1. September 1298, am 2. Oktober 1812. Und nun ist er in neun Tagen hinaufgeschwollen auf 3150! Schon gestern letzte sich die geradezu wahnsinnig zu nennende Kurssteigerung der ausländischen Zahlungsmittel mit größter Sorge fort. Das laminarartige Aufschwellen des Papiernotenumlaufs, die ins Ungeheure steigende Wertlosigkeit des deutschen Reiches haben das Vertrauen des Auslandes zu unserer Wirtschaftskraft dem Nullpunkt nahegebracht. Die Flucht vor der Mark hilft vollends dazu, das Unheil zu mehren und die Auslandsbanken ins Ungemeine zu steigern. Unser Wirtschaftslage sieht vor der schwersten Entscheidung, wenn nicht ein Glücksfall uns zu Hilfe kommt. Aber nirgends zeigt sich die geringste Spur davon. Der Dollarstand von 3150 ist für jeden, der nur seinen Will, der schlagende Beweis, daß Deutschland wirtschaftlich zusammenbricht, wenn die Verdrängung des Verfälschers Friedens unserer Wirtschaftsmagen weiter mit unerschütterlicher Macht belästigt. Durchbare Zeiten stehen uns unmittelbar bevor. Wie sollen wir unseren Bedarf an unentbehrlichen Nahrungsmitteln, die das Land in unzureichender Menge erzeugt, decken, wenn die Mark in dieser katastrophalen Weise entwertet ist? Womit sollen wir Getreide, Kolonialprodukte, Fette beschaffen? Kleine Mengen erfordern bei diesem Markstand schon Millionen und Abermillionen und gehen über die Kraft des Importeurs hinaus. Große Schichten unseres Volkes — auch die, die das noch nicht sehen wollen — sind schimmer als je vom Hunger bedroht. Wir selbst sind machtlos gegen, keine deutsche Regierung hat die Möglichkeit, am unser Los zu erleichtern. Helfen können uns lediglich die Staaten, die uns dieses unentragliche Loch aufgefressen. Aber wann kommt da die Erkenntnis, die Einsicht, daß die Weltwirtschaft in schwarze Gefahr gerät, wenn Deutschland in den Abgrund treibt, wann kommt der Wille zur Umkehr?

Wiederherstellung der Lage in Bosen.

Am 9. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) General-Kommissar Gredatz hat sein Amt wieder angetreten. Der Minister hat heute Befehl im Lieber-Bezirkgebiet die Staatsautorität um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Die Zivilbehörden haben von der Militärverwaltung die Verwaltung wieder übernommen. Die Lage ist also wieder normal. Weitere Maßnahmen stehen bevor.

Der „Miesbacher Anzeiger“ schreibt in seiner letzten Nummer aus Anlaß der Reichstagsverträge und der damit für Traxien bestehenden Gefahren u. a.: „Weber die Reichsregierung nach der bayer. Regierung werden zum Schutze der Traxler Brüder irgend etwas unternehmen. Den Traxlern kann nur geholfen werden durch tatenspendende junge Leute, die dem italienischen Faschismus ein deutsches Gegenüber entgegenstellen. Deshalb erhebt der Ruf: „Bauern heraus!“

Neue Zwischenfälle am Rhein.

Ein deutscher Zivilist schwer verletzt. Düsseldorf, 9. Oktober. In Oberassel bei Düsseldorf, das von den Belgieren besetzt ist und wo neulich ein belgischer Sergeant einen belgischen Posten und sich dann selbst erlöschend hatte, ist es in der Nacht von Sonntag zum Sonntag zu einem Zusammenstoß zwischen deutschen Zivilisten und belgischen Soldaten gekommen, wobei ein deutscher Zivilist durch einen Schuß ins Lebensgehirn verletzt worden ist. Mitte voriger Woche wurde im besetzten Gebiet von den Franzosen ein deutscher Ingenieur aus Essen, wahrscheinlich auf Anzeige eines ihm Unbekannten hin, festgenommen, ohne Angabe von Gründen ins Gefängnis geworfen, wo er streng bewacht wird und ihm entgegen allen gesetzlichen Vorschriften die Erlaubnis zum Schreiben usw. verweigert wird. Die entsprechenden Maßnahmen der Regierung dürfen nicht lange auf sich warten lassen.

Arbeitsgemeinschaft.

Seitdem der Reichstag in die Sommerferien gegangen ist, ist es stille geworden von der Verbreiterung der Regierungsbasis, der Schaffung der sogenannten großen Koalition. Um so mehr ist, vor allem im Zusammenhang mit dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, über die Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Wähler hin- und hergeredet und geschrieben worden. Nun liegen am selben Tage zwei bedeutende Rundschreibungen vor, die noch vor dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei dieses große innenpolitische Problem auf dem Wege zur Schaffung der Volksstimme in den Vordergrund der politischen Aussprache stellen. Am Tage vor der offiziellen Eröffnung des Demokratischen Parteitages in Eberfeld hat der Parteiausschuss mit überwiegender Mehrheit eine Entschließung des Parteivorstandes dem Parteitag zur Annahme empfohlen, die eine Billigung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei in sich schließt. Anfang und Schluß dieser Entschließung bringen aufs Deutlichste zum Ausdruck, daß diese Arbeitsgemeinschaft nicht nur in keinerlei Gegensatz zur Sozialdemokratie stehen, sondern vielmehr mit ihr für den Schutz der Republik arbeiten und für den Zusammenstoß der vertriebenen Volkskämpfergruppen festhalten eintreten soll; beides Forderungen, die mit der Selbstständigkeit der Demokratischen Partei und der Aufrechterhaltung ihrer Grundzüge nicht nur durchaus vereinbar sind, sondern ein unantastbares Teil ihrer Grundzüge bilden. Der demokratische Parteiausschuss hat sich also die dem Parteitag von den Hamburger Demokraten vorgelegte Entschließung in etwas abgeänderter Form angenommen. Damit der Parteitag sich gegen die Arbeitsgemeinschaft nicht wiederholen kann, hat der Parteivorstand die Arbeitsgemeinschaft in dem Entwurf der Entschließung selbst diese Entschließung gut heißt und die Arbeitsgemeinschaft zustande kommt, so vollzieht sich damit ein Konzentrationsprozeß um die Demokratische Partei als Kristallisationskern, der zu der Hoffnung berechtigt, daß dieser Schritt nur eine Etappe auf dem Wege zu dem größeren Ziel, zur Bildung der großen Koalition, darstellt. Es ist bekannt, daß die Demokraten schon seit langem allen Widerständen zum Trotz unentwegt auf dieses Ziel, die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die jetzige Regierungskoalition, hinarbeiten. Daß es bisher nicht erreicht worden ist, liegt bekanntlich an der negativen Einstellung der Sozialdemokratie. Nicht minder energisch aber besteht auf das Zentrum dieses Ziel; ja man darf sogar sagen, daß es in dieser Frage in der letzten Zeit die Führung übernommen hat, während die Demokraten als kleinste Regierungspartei sich möglichst Zurückhaltung auferlegt haben. Das Zentrum hat bekanntlich im Laufe dieses Sommers einmal davon geträumt, daß es aus seiner Haut zu schlüpfen und ein überkonfessionelles Gremium überzuwerfen vermöge. Nachdem ihm diese Hoffnung, hauptsächlich aus den eigenen Reihen, in Scherben zerfallen worden ist, bemühen sich einige Führer, der großen Koalition von neuem den Boden zu bereiten. Der Abg. Zoes hat sich kürzlich auf dem Verbandstage der weitestgehenden Arbeitervereine getan, und jetzt tritt das offizielle Organ der Zentrumspartei, die „Germania“, mit einem programmatischen Artikel für die große Koalition auf den Plan und fördert ferner die Verbreiterung der Regierungsbasis. Die Gründe, die das Wort dafür ins Feld führen, sind letzten Endes auch die Gründe der Demokraten. Innenpolitisch ist es unbedingt notwendig, weil ohne die Erweiterung nach rechts der jetzigen Koalition das Gleichgewicht fehlerhaft der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien, während doch im Lande der größte Teil des deutschen Volkes sich zu den nicht-sozialistischen Parteien bekennt. Es sei ein unnatürlicher Zustand, daß die Zahl der bürgerlichen Abgeordneten außerhalb der Regierungskoalition größer sei als die Zahl derer, die ihr angehören. Zudem gäben in kultureller Hinsicht die sozialistischen Klassenexperimente in Thüringen und Sachsen sehr zu denken, und man müsse sich besorgt fragen, wie ein verstärkter sozialistischer Einfluß im Reich sich nach dieser Richtung hin auswirken werde. Endlich liege es auch nicht im Interesse der Republik, daß es so vielen wertvollen Kräften schwer gemacht werde, zum neuen Staat in ein richtiges Verhältnis zu kommen; Arbeit würde die Verantwortung. In außenpolitischer Hinsicht weist das Wort auf die bekannten Verträge zwischen französischen und deutschen Industriellen hin, welche letztere nun durch die politischen Veränderungen in der deutschen Volkspartei ihre politische Vertretung hatten; ein Grund mehr, weshalb diese nicht außerhalb der Regierung um ohne politische Verantwortung bleiben könne. Dazu komme, daß in England, Amerika und Frankreich die Sozialdemokratie eine höchst bedauerliche Rolle spiele, während der Einfluß jener kommerziellen und finanziellen Kreise viel stärker sei, die in einer Regierungsmehrheit mit der Sozialdemokratie als Hauptträgerin keine bedeutende kreditwürdige Vertreterin des deutschen Volkes seien.

